

An die Stadtverwaltung Tübingen

Interfraktioneller Antrag:

Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, in welcher Form die Genossenschaft „Neustart: solidarisch leben und wohnen eG.“ von der Stadt Tübingen unterstützt werden kann. Vorstellbar sind für die antragstellenden Fraktionen ein Kredit über 500.000 EUR als endfälliges Darlehen oder ein Direktkredit über dieselbe Höhe oder aber eine Bankbürgschaft über einen höheren Betrag. Für den Kredit sollen nur sehr niedrige Zinsen erhoben werden.

Begründung:

Das Genossenschaftsprojekt Neustart ist aufgrund seiner Größe (160 Wohnungen für ca. 400 Menschen), seinen Zielen und seiner Organisationsform, die von breitem bürgerschaftlichem Engagement getragen wird, ein außergewöhnliches und sehr ambitioniertes Projekt. Die antragstellenden Fraktionen sind der Meinung, dass sich die Stadt Tübingen auch finanziell am Gelingen dieses Vorhabens beteiligen sollte.

Hier die Begründung im Einzelnen:

Beim Projekt Neustart handelt sich um einen zukunftsorientierten, sozialen und nachhaltigen Beitrag zur Stadtentwicklung. In einer Zeit massiv gestiegener Wohnkosten und knapper Wohnflächen schafft das Projekt bezahlbaren Wohnraum, der dauerhaft dem spekulativen Immobilienmarkt entzogen wird. Davon werden die ersten Bewohner:innen, aber auch zukünftige Generationen profitieren.

Das Projekt stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem es gemeinschaftliches Wohnen, gegenseitige Unterstützung und aktive Nachbarschaft fördert. Durch Gemeinschaftsflächen, die auch von anderen Bewohner:innen aus dem Marienburger Areal genutzt werden können, insbesondere aber durch die Beteiligung der Mitglieder an Planung und Verwaltung entstehen stabile soziale Strukturen, die Isolation entgegenwirken und das bürgerschaftliche Engagement stärken. Durch die besondere Berücksichtigung von Gruppen, die auf dem Markt Probleme bei der Versorgung mit Wohnraum haben, ist Neustart auch ein inklusives Projekt.

Darüber hinaus setzt das Wohnprojekt Maßstäbe im Bereich der ökologischen Nachhaltigkeit. Ressourcenschonende Bauweisen, energieeffiziente Konzepte, gemeinschaftliche Mobilitätsangebote und die gemeinsame Nutzung von Infrastruktur reduzieren den ökologischen Fußabdruck und unterstützen die Klimaziele der Stadt Tübingen.

Als genossenschaftliches Modell fördert das Projekt zudem demokratische Mitbestimmung und Eigenverantwortung, beruht aber auch in besonderer Weise auf ehrenamtlichem Engagement. Die Bewohner:innen gestalten ihr Wohnumfeld aktiv mit

und übernehmen langfristig Verantwortung für ihre Gemeinschaft. Dies entspricht den Leitlinien einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung.

Aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen für Bauprojekte sind die o.g. Ziele aber unter erheblichen Druck geraten. Abstriche an Standards wurden bereits gemacht, trotzdem bleibt eine hohe Belastung durch Grundstückserwerb und zusätzliche Baukosten wegen der Bedingungen am Standort, die auch das Kernziel (bezahlbarer Wohnraum) ins Wanken bringen könnte.

Eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt Tübingen ist daher nicht nur eine Investition in zusätzlichen Wohnraum, sondern auch in soziale Innovation, ökologische Verantwortung und eine lebenswerte Stadt. Das Projekt kann als Vorbild für zukünftige Wohnformen dienen und die Position Tübingens als innovative und sozial engagierte Kommune weiter stärken.

Der Einwand, dass eine Unterstützung dieses Projekts zahlreiche weitere Anträge nach sich ziehen könnte, ist nachvollziehbar. Er spricht jedoch nicht gegen eine Förderung für Neustart, sondern für eine sorgfältige Einzelfallprüfung.

Dieses Genossenschaftswohnprojekt stellt aufgrund seiner Größe und seiner Abwicklung weitgehend im Ehrenamt einen außergewöhnlichen Fall dar, der vermutlich über lange Zeit ein Einzelfall bleiben wird. Solche innovativen Projekte benötigen zu Beginn häufig eine besondere Unterstützung. Wenn die Stadt solche Vorhaben allein aus Sorge vor möglichen Folgeanträgen ablehnen würde, bestünde die Gefahr, dass wichtige Innovationen und gemeinwohlorientierte Initiativen verhindert werden. Wir bitten daher die Stadtverwaltung um eine wohlwollende Prüfung unseres Antrages.

Tübingen, 15.07.26

Für die Fraktion AL/Grüne: Annette Schmidt

Für die SPD-Fraktion: Ingeborg Höhne-Mack

Für die FRAKTION: Stefan Klepp